



Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Halle

*Rüdiger Pohl*

Geldpolitik im Wechselschritt – ein Kommentar

IWH-Konjunkturprognose  
– Wachstumspause bald beendet

*Jacqueline Rothfels*

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der  
westdeutschen Industrie – kein einheitliches Bild

*Jürgen Kolb/Lioba Trabert*

Geringfügige Erwerbstätigkeit  
– empirische Ergebnisse und Überlegungen  
zur Einführung einer Sozialversicherungspflicht

*Klaus Werner*

Wirtschaftliche Erholung  
in den Reformstaaten setzte sich 1995 fort

**Wirtschaft im Wandel**

4/1996

## Kommentar:

### Geldpolitik im Wechselschritt

Die kraftlose Wirtschaftsentwicklung läßt die Stimmen nicht verstummen, die neuerliche Zinssenkungen durch die Deutsche Bundesbank verlangen. Weil der Staat angesichts hoher Defizite kaum mehr finanzpolitisches Pulver besitzt, das er verschießen könnte, setzt man auf Zinssenkung als letzten Strohalm zur Rettung einer sonst untergehenden Konjunktur. Doch das greift sehr kurz. Die Geldpolitik kann derzeit keine konjunkturelle Anregung bewirken; und auch strategische Überlegungen sprechen gegen Zinssenkungen heute, die sich morgen als kurzatmig erweisen werden.

Der Schwächeanfall der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr ist nicht auf Mangel an Liquidität, nicht auf zu knappes und zu teures Geld zurückzuführen. Im Gegenteil: selten zuvor war das Zinsniveau - am Kapitalmarkt wie am Geldmarkt - so niedrig wie heute. Auch die Renditestruktur am Kapitalmarkt indiziert einen weiten monetären Mantel. Nicht nur in Deutschland, auch in den im engen Währungsverbund stehenden europäischen Partnerländern sind die Finanzmärkte entspannt. Da das Geld zur Finanzierung wirtschaftlicher Aktivitäten bereits reichlich vorhanden ist, besteht geldpolitisch kein Handlungsbedarf.

Überdies könnte die Bundesbank lediglich den von ihr gesteuerten Geldmarktzins noch senken; sie würde damit aber unter den gegenwärtigen Umständen keinen nennenswerten Druck auf die konjunkturrelevanten Kapitalmarktzinsen ausüben. Zwar ist die einfache Formel richtig: eine Absenkung der Geldmarktzinsen zieht via Liquiditätsanreicherung die langfristigen Zinsen im allgemeinen mit nach unten. Doch dieser Grundzusammenhang wird zuweilen vor allem durch internationale Einflüsse aufgehoben. So ist es auch heute. Die langfristigen Zinsen folgen seit geraumer Zeit den US-amerikanischen Zinsen; das muß nicht immer so bleiben, doch derzeit dominiert der internationale Zinsverbund. Unter diesen Umständen würde eine Absenkung der deutschen Geldmarktzinsen konjunkturpolitisch verpuffen.

Könnte man es nicht dennoch versuchen? Denn schaden würde eine Zinssenkung vermutlich auch nicht. Das allerdings wäre sehr kurzfristig gedacht. Auch wenn momentan konjunkturell vieles fürs „Gas geben“ sprechen mag, müssen doch die geldpolitischen Optionen des nächsten Jahres mitbedacht werden. Unser Konjunkturbild deutet nicht auf eine Rezession hin, vielmehr werden im Verlauf von 1996/97 die expansiven Impulse wieder die Oberhand gewinnen. Dafür sprechen nicht zuletzt monetäre Gründe: die niedrigen Zinsen wirken mit zeitlicher Verzögerung stimulierend. Dabei ist freilich unterstellt: die Lohnerhöhungen werden so moderat ausfallen, daß sich nachhaltige Verbesserungen der Ertragserwartungen der Unternehmen einstellen. Das vorausgesetzt, wird es zu einem Themenwechsel für die Geldpolitik kommen. Die konjunkturelle Wiederbelebung wird früher oder später die Phase sehr niedriger Preissteigerungsraten beenden. Nicht von ungefähr stellen die Finanzmärkte - personifiziert etwa durch Bankvolkswirte - schon jetzt beim Abtasten des Konjunkturhorizonts für 1997 wieder leicht höhere Preissteigerungsraten ein. Zwar sind die erwarteten Steigerungen nicht beunruhigend hoch; dennoch wird sich die Bundesbank fragen, ob sie nicht gegen aufkeimende Inflationsgefahren frühzeitig angehen müßte - mit Zinssteigerungen. Schon im Herbst könnte diese Frage akut werden. Mit anderen Worten: eine weitere Zinssenkung wäre vermutlich nur von kurzer Dauer, sie würde bald durch Zinsanhebungen abgelöst werden. Einer solchen Entwicklung läßt sich kein Reiz abgewinnen. Die Bundesbank neigt ohnehin dazu, ihren Zinszyklus am Preiszyklus auszurichten: bei sinkenden (steigenden) Preissteigerungsraten die Zinsen zu senken (anzuheben). Parallelpolitik dieser Art ist alles andere als wünschenswert; jedenfalls hat sie in den letzten zwanzig Jahren nicht gerade zur Verstärkung der Wirtschaftsentwicklung in Deutschland beigetragen. Am besten werden die Zinsen jetzt erst einmal da belassen, wo sie sind; und folgerichtig wäre es dann auch, die zinspolitische Kehrtwende nicht gleich zu vollziehen, wenn sich die Konjunktur fängt und der Preisanstieg wieder etwas anzieht.

*Rüdiger Pohl*

## IWH-Konjunkturprognose – Wachstumspause bald beendet

*Nach Bekanntgabe der vorläufigen Ergebnisse zur gesamtwirtschaftlichen Leistung im Jahre 1995 durch das Statistische Bundesamt hat das IWH sein Konjunkturmodell für 1996 überprüft. Anlaß für nennenswerte Korrekturen des Jahresausblicks des Instituts vom Dezember besteht lediglich bei der Beschäftigungsprognose, wo die Voraussetzungen bisher zu optimistisch waren. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr um 1,5 vH im Vergleich zum Vorjahr zunehmen. Stützen der Konjunktur bleiben die Ausfuhr und der private Verbrauch.*

Seit dem Sommer des vergangenen Jahres steht die deutsche Konjunktur im Zeichen eines stark gedrosselten Tempos und vorübergehend kam es sogar zu einer leichten Schrumpfung der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Die Investitionen entwickelten sich schwach. Bei den Ausrüstungsinvestitionen dürfte die Zurückhaltung vor dem Hintergrund stagnierender Erzeugerpreise in erster Linie auf die gestiegenen Lohnkosten zurückzuführen sein. Bei den Bauinvestitionen spielte neben der abklingenden Sonderkonjunktur im Wohnungsbau und den knappen öffentlichen Kassen zuletzt auch der harte Winter eine Rolle. Die Nachfrage der privaten Haushalte hat im zweiten Halbjahr den Beschäftigungsrückgang zu spüren bekommen. Vom privaten Verbrauch ging dennoch wie auch vom Außenbeitrag eine stabilisierende Wirkung auf das Bruttoinlandsprodukt aus. Die Ausfuhren legten trotz Aufwertung der D-Mark und gesteigener Lohnkostenbelastung der Unternehmen noch kräftig zu, wobei insbesondere der Handel mit den mittel- und osteuropäischen Reformländern intensiviert wurde. Die nachlassende Binnenkonjunktur hinterließ deutliche Spuren bei den Einfuhren, insbesondere an Verbrauchs- und Investitionsgütern.

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen in Deutschland haben sich zu Beginn des Jahres 1996 nicht weiter eingetrübt. Für das Sommerhalbjahr 1996 bestehen günstige Aussichten für eine erneute Belebung der deutschen Konjunktur. Es gibt Anzeichen für moderate Tarifabschlüsse, die Aufwertung der D-Mark bildet sich langsam weiter zurück und das monetäre Umfeld belastet die Konjunktur nicht. Die privaten Haushalte sind mit der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums und der Änderung des Familienleistungsausgleichs bessergestellt worden, auch wenn ein

Teil der gewonnenen Einkommen in höhere Beitragssätze der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung fließt. Die Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte erhalten zwar durch das geringere Steueraufkommen und Mehrausgaben im sozialen Bereich einen vorübergehenden Dämpfer. Das konjunkturbedingte Defizit sollte jedoch angesichts der keineswegs robusten Aussichten auf eine wirtschaftliche Belebung hingenommen werden.

Die verfügbaren Einkommen werden in diesem Jahr noch etwas stärker als im Jahre 1995 steigen. Erstmals seit 1992 ist aufgrund der steuerlichen Entlastung und der günstigen Preisentwicklung mit einer realen Erhöhung der Nettoverdienste zu rechnen. Angesichts der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt und der allgemeinen Verunsicherung über die zukünftige Altersabsicherung dürfte zugleich die Sparneigung zunehmen. Trotzdem wird der private Verbrauch 1996 mit einem Wachstumsbeitrag von 70 vH zum Bruttoinlandsprodukt eine wichtige Stütze der Konjunktur bleiben. Die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe ist weiter ruhig. Mit dem Anziehen der Konjunktur können aber vereinzelt Preiserhöhungsspielräume entstehen.

Der Staatsverbrauch wird wie im letzten Jahr stärker als das Bruttoinlandsprodukt steigen, was in erster Linie auf die Kostensteigerungen bei den Sozialversicherungen zurückzuführen ist. Dagegen werden die aufgrund der schwachen Konjunktur zu erwartenden Mindereinnahmen Bund, Länder und Gemeinden zu vermehrten Sparbemühungen veranlassen.

Das Wachstum der Ausfuhren wird angesichts der abgeschwächten Konjunktur der europäischen Handelspartner Deutschlands und der Nachwirkungen der vorangegangenen DM-Aufwertungen zunächst gedämpft sein. Dafür spricht die derzeit rückläufige Entwicklung der Auftragseingänge aus dem Ausland. Die Ausfuhraussichten dürften sich jedoch im weiteren Verlauf des Jahres mit der erwarteten Konjunkturbelebung im Ausland und der verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hersteller im Zuge der anhaltenden Rückbildung der Aufwertung der D-Mark aufhellen. Bei Fortsetzung des langsameren Anstiegs der Einfuhren gegenüber den Ausfuhren ist mit einem wachsenden Exportüberschuß und einer weiteren Rückführung des Leistungsbilanzdefizits zu rechnen.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der IWH-Prognose für Deutschland 1996

Stand: 20. März 1996

	1. Hj. 95	2. Hj. 95	1. Hj. 96	2. Hj. 96	1995	1996
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH</i>					
Privater Verbrauch	2,0	1,3	1,8	2,0	1,7	1,9
Staatsverbrauch	1,6	2,6	2,0	2,4	2,1	2,2
Anlageinvestitionen	3,5	- 0,2	- 0,4	0,6	1,5	0,1
Ausrüstungen	4,1	0,2	- 0,7	1,9	2,0	0,7
Bauten	3,1	- 0,5	- 0,2	- 0,2	1,2	- 0,2
Letzte inländische Verwendung	2,7	0,7	0,7	2,0	1,7	1,3
Ausfuhr	3,7	3,9	3,3	3,9	3,8	3,6
Einfuhr	4,0	1,4	1,9	3,8	2,7	2,9
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,3	1,1	2,0	1,9	1,5
- Westdeutschland	2,3	1,0	0,8	1,6	1,6	1,2
- Ostdeutschland	6,4	4,8	4,3	5,2	5,6	4,8
Produktivität <sup>a</sup>	2,8	1,7	1,7	2,4	2,2	2,2
- Westdeutschland	3,0	1,6	1,5	1,9	2,3	1,7
- Ostdeutschland	3,8	4,0	4,6	5,9	3,9	5,3
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH</i>					
Verfügbares Einkommen	3,7	3,5	3,9	4,4	3,6	4,1
Verbraucherpreise	2,0	1,9	1,8	2,0	2,0	1,9
	<i>in Mio. Personen</i>					
Erwerbstätige im Inland	34.750	34.978	34.533	34.846	34.864	34.690
- Westdeutschland	28.389	28.527	28.190	28.441	28.458	28.316
- Ostdeutschland	6.361	6.451	6.343	6.405	6.406	6.374
Arbeitslose	3.654	3.570	3.981	3.698	3.612	3.840
- Westdeutschland	2.601	2.529	2.767	2.633	2.565	2.700
- Ostdeutschland	1.053	1.041	1.214	1.065	1.047	1.140
	<i>in vH</i>					
Arbeitslosenquote <sup>b</sup>	9,5	9,4	10,3	9,6	9,4	10,0
- Westdeutschland	8,4	8,2	8,9	8,5	8,3	8,7
- Ostdeutschland	14,2	13,9	16,1	14,3	14,0	15,2

<sup>a</sup> Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – <sup>b</sup> Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH-Prognose.

Die günstigeren Rahmenbedingungen vor allem in der zweiten Jahreshälfte 1996 werden dazu beitragen, die deutsche Konjunktur aus der Schwächephase herauszuführen. Die anziehende Konsumnachfrage wird zunächst eine höhere Kapazitätsauslastung nach sich ziehen. Sodann dürften auch die Ausrüstungsinvestitionen wieder steigen. Von der Baukonjunktur sind hingegen in diesem Jahr keine Impulse zu erwarten. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen ist nochmals mit einer beträchtlichen Abnahme zu rechnen. Die gewerbliche Bautätigkeit steigt nur noch langsam. Die Genehmigungen für gewerbliche Bauvorhaben in West-

deutschland lassen weitere Rückgänge der Investitionstätigkeit erwarten und trotz der steuerlichen Abschreibungsvorteile gehen die Wachstumsraten im ostdeutschen gewerblichen Bau weiter zurück. Unter den Bausparten sind die Aussichten für den Wohnungsbau noch am günstigsten. Das geringe Wachstum ist – bei einem erheblichen Rückgang in Westdeutschland – den Vorzieheffekten im ostdeutschen Wohnungsbau in Hinblick auf die Kürzung der Sonderabschreibungen zu verdanken.

Alles in allem dürfte es im Verlauf des Jahres 1996 zu einer Beschleunigung des Produktionsanstiegs kommen, auch wenn das Wachstum des

Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt nur 1,5 vH beträgt. Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes wird mit der Belebung der Konjunktur wieder in Schwung kommen. Das Baugewerbe wird die Produktionseinbrüche im Winter angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung aufholen können und auf einen Wachstumspfad zurückkehren. Der Produktionsanstieg wird jedoch nicht ausreichen, um den Arbeitsmarkt in Deutschland zu entlasten. In Westdeutschland wird die Erwerbstätigkeit im Zuge der anhaltenden Rationalisierungsbemühungen der Unternehmen weiter sinken. In

Ostdeutschland kommt der Beschäftigungsanstieg der vorangehenden beiden Jahre zum Stillstand. Eine entscheidende Ursache dürfte der nach wie vor große und kaum verringerte Rückstand in der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei ungebrochen hohem Angleichungstempo der Löhne sein. Die Zahl der Arbeitslosen steigt in West- wie in Ostdeutschland an, im Jahresdurchschnitt auf insgesamt 3,8 Millionen.

*Arbeitskreis Konjunkturprognose*

## Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Industrie – kein einheitliches Bild

*Die Wettbewerbsposition der westdeutschen Industrieunternehmen auf den internationalen Gütermärkten hat sich seit Ende der achtziger Jahre tendenziell verschlechtert. Ein Indikator hierfür ist der Weltexportanteil, der in diesem Zeitraum um rund ein Fünftel gefallen ist. Die Entwicklung in den einzelnen Gütergruppen des Außenhandels verlief jedoch nicht einheitlich. Bei chemischen und elektrotechnischen Produkten ist, gemessen am RCA-Index, eine relativ stabile Wettbewerbsposition festzustellen, während sie sich bei Maschinenbauerzeugnissen und Straßenfahrzeugen tendenziell verschlechterte.*

### **Zum Begriff der internationalen Wettbewerbsfähigkeit**

Die Diskussion um die Leistungsfähigkeit der deutschen Unternehmen im internationalen Wettbewerb lebt seit Jahrzehnten in regelmäßigen Abständen immer wieder auf. In verstärktem Maße wird dieses Thema erneut seit 1992 diskutiert. In seinem Jahresgutachten 1993/94 hatte z.B. der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Befürchtung geäußert, daß sich die Wettbewerbsposition der westdeutschen Industrie aus verschiedenen Gründen zunehmend verschlechtere.<sup>1</sup> Die reale Aufwertung der D-Mark zu Beginn der neunziger

Jahre habe zu einem Rückgang der preislichen Wettbewerbsfähigkeit geführt. Zudem seien die deutschen Unternehmen nicht ausreichend präsent auf dynamischen Nachfragemärkten. Konstatiert wurde eine nachlassende Wettbewerbsfähigkeit primär auch in jenen Bereichen der westdeutschen Industrie (vor allem dem Maschinenbau und Straßenfahrzeugbau), die einen wesentlichen Anteil an Wertschöpfung und Beschäftigung haben. Ähnlich war der Tenor auch anderer Ausführungen zur Wettbewerbsposition deutscher Unternehmen.<sup>2</sup> Damals war jedoch nicht mit Sicherheit abzusehen, inwiefern das Datenmaterial durch die mit der deutschen Vereinigung verbundenen Einflüsse auf die Außenhandelsstruktur, durch gegenläufige konjunkturelle Entwicklungen im In- und Ausland sowie durch die Umstellung der europäischen Außenhandelsklassifikation verzerrt wurde. Aus diesem Grunde soll die Frage nach der internationalen Wettbewerbsfähigkeit westdeutscher Unternehmen hier erneut aufgegriffen werden.

Allerdings herrscht weder in der Wissenschaft noch in der öffentlichen Diskussion Einigkeit darüber, was unter dem Begriff der internationalen Wettbewerbsfähigkeit konkret zu verstehen sei. Einige Autoren vertreten die Auffassung, daß es sich dabei um die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft handle, deren Wirtschaftssubjekte danach streben, ein möglichst hohes

<sup>1</sup> Vgl. SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG: Zeit zum Handeln – Antriebskräfte stärken, in: Jahresgutachten 1993/94, Stuttgart, 1993, Ziffern 183ff.

<sup>2</sup> Vgl. u.a. LÖBBE, K., DÖHRN, R. u.a.: Strukturwandel in der Krise, Essen, 1993; KRAKOWSKI, M., KELLER, D. u.a.: Strukturelle und konjunkturelle Einflüsse auf die Entwicklung der deutschen Ausfuhr, Hamburg, 1993.

Wohlstandsniveau zu erreichen. Für eine weitere Reihe von Ökonomen ist die Diskussion um die internationale Wettbewerbsfähigkeit gleichbedeutend mit der „Standortdebatte“, bei der es um die Fähigkeit einer Wirtschaft geht, international mobile Produktionsfaktoren zu attrahieren. Andere wiederum meinen, daß Volkswirtschaften nicht direkt miteinander im Wettbewerb stehen, sondern daß die Unternehmen auf den Weltmärkten miteinander konkurrieren.<sup>3</sup>

Eine der möglichen Herangehensweisen, die sich an die letztgenannte Auffassung anlehnt, ist die Betrachtung der „ability to sell“. Als wesentlich wird hierbei der Erfolg der Unternehmen eines Landes auf den internationalen Gütermärkten im Vergleich zu den Exporterfolgen ausländischer Unternehmen angesehen. Hintergrund dieser Sichtweise ist die Auffassung, daß der Verkauf von Gütern auf den Weltmärkten als Voraussetzung für die Erwirtschaftung eines hohen Pro-Kopf-Einkommens anzusehen ist.

Im folgenden wird untersucht, wie sich die Wettbewerbsposition westdeutscher Unternehmen auf den Auslandsmärkten derzeit – gemessen an der „ability to sell“ – darstellt. Den oben angeführten Untersuchungen folgend werden hier Maßzahlen verwendet, die auf der Entwicklung von Außenhandelsdaten aufbauen. Das Fehlen einer allgemein anerkannten Definition des Begriffs der internationalen Wettbewerbsfähigkeit schlägt sich darin nieder, daß eine einfache Interpretation dieser Indikatoren nicht immer möglich ist. Auf die Grenzen der Aussagekraft der verwendeten Konzepte wird jeweils im Textzusammenhang verwiesen.

### **Die Entwicklung der Welthandelsanteile**

Veränderungen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sollten sich in der Entwicklung des Anteils heimischer Produkte auf den weltweiten Exportmärkten widerspiegeln. Unter sonst gleichen Umständen sollte sich eine Verschlechterung der Wettbewerbsposition deutscher Exporteure in rückläufigen Handelsanteilen niederschlagen. Gründe hierfür können – neben eher langfristig wirkenden nicht-preislichen Wettbewerbsfaktoren wie z.B. der Qualität der Produkte und dem Kundenservice – vor allem Veränderungen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit sein. Ein Maßstab da-

für sind relative Lohnstückkosten (in einheitlicher Währung), die gleichzeitig die Änderung der Lohnkosten, der Produktivität und der Währungsrelationen berücksichtigen.<sup>4</sup>

Freilich unterliegt die Entwicklung des Welthandelsanteils auch anderen Einflußfaktoren wie der konjunkturellen Entwicklung in den Abnehmerländern. Änderungen der Außenhandelswerte infolge von Wechselkursschwankungen oder Preisänderungen sind schließlich ein weiterer Grund, der die Aussagekraft des Welthandelsanteils als Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit einschränkt. So führt eine Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar (bei Fakturierung in der Exportwährung) tendenziell zu einer Steigerung, eine Abwertung jedoch zu einer Verringerung des Welthandelsanteils. Eine Interpretation der Entwicklung hat diese Faktoren zu berücksichtigen.

Der Welthandelsanteil der deutschen Exporteure ist von 1987 bis 1994 um ein Fünftel auf 10,5 vH zurückgegangen (vgl. Tabelle 1). Hierin

Tabelle 1:  
Nominale Weltexportanteile<sup>a</sup> deutscher Unternehmen, Veränderung der deutschen Exporte (Spezialhandel) und der relativen Lohnstückkosten in einheitlicher Währung<sup>b</sup>  
- in vH -

	Veränderung der deutschen Exporte ggü. Vorjahr	Weltexportanteile	Veränderung der relativen Lohnstückkosten ggü. Vorjahr
1986	-2,0	12,9	9,5
1987	0,2	13,2	12,0
1988	7,6	12,7	-1,0
1989	13,1	12,4	-2,9
1990	0,2	12,7	4,0
1991	-2,2	11,7	-2,9
1992	0,8	11,9	7,0
1993	-6,4	10,6	6,5
1994	9,1	10,5	-0,9

<sup>a</sup> Warenexporte Deutschlands (bis 1990 früheres Bundesgebiet ohne innerdeutschen Handel, ab 1991 einschließlich der neuen Bundesländer) als Anteil der Warenexporte der Welt (Grundzahlen in US-Dollar). – <sup>b</sup> Außenwert der DM deflationiert mit Lohnstückkosten.

Quellen: OECD, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

<sup>3</sup> Vgl. zu dieser Debatte u.a. BOFINGER, P.: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ganzer Volkswirtschaften: Ein Phänomen auf der Suche nach einer Theorie, in: Kredit und Kapital (28), 1995, S. 467-497.

<sup>4</sup> Von einer Währungsaufwertung gehen jedoch nicht nur negative Wirkungen auf die heimischen Exportunternehmen aus. Zwar sinkt tendenziell die Nachfrage aus dem Ausland, dafür verbilligt sich aber der Import von Vorprodukten.

spiegeln sich in zweifacher Hinsicht auch die Folgen der deutschen Vereinigung wider: Zum einen verblieb, bedingt durch die gestiegene Binnen- nachfrage, ein größerer Teil der produzierten Gü- ter im Inland.<sup>5</sup> Damit war ein Rückgang der deut- schen Exporte verbunden. Zum anderen konnten auch ausländische Unternehmen die Nachfrage aus Ostdeutschland befriedigen, wodurch die Weltex- porte anstiegen.

Besonders deutlich war der Rückgang des Welthandelsanteils jedoch im Jahre 1993 mit 1,3 Prozentpunkten. Dies dürfte in nicht unerheblich- em Maße auf die reale Aufwertung der DM (gemessen an den Lohnstückkosten) zurückzuführen sein; die Lohnstückkosten erhöhten sich im Jahre 1992 um 7,0 vH und 1993 um 6,5 vH.<sup>6</sup> Inso- fern entbehrten die im Jahre 1993 geäußerten Be- fürchtungen um die Wettbewerbssituation deut- scher Anbieter nicht einer realen Grundlage.

Auch 1994 konnten von deutschen Unterneh- men – trotz der deutlichen Steigerung der Exporte um gut 9 vH – im ganzen keine Welthandelsanteile zurückgewonnen werden. Die Expansion der deut- schen Ausfuhr fiel schwächer aus als das Wach- tum des Weltexports. Offensichtlich gelang es deutschen Exporteuren nicht, an dem in diesem Jahr einsetzenden Konjunkturaufschwung in wich- tigen Industrieländern in gewohntem Maße teilzu- haben. Zwar dürfte dies auch damit zusammen- hängen, daß sich die Investitionsnachfrage in den für deutsche Exporteure besonders bedeutsamen Ländern Westeuropas nur langsam erholte. Dies ist jedoch kein Grund zur Entwarnung, ist es deut- schen Anbietern doch offensichtlich nicht gelun- gen, auf Drittmärkten stärker Fuß zu fassen. Zwar konnten 1994 in einigen Gütergruppen in gering- fügigem Maße Welthandelsanteile hinzugewonnen werden (vgl. Tabelle 2). Dazu gehörten Straßen- fahrzeuge und Teile des Maschinenbaus (Kraft- maschinen und Ausrüstungen). Bei chemischen Erzeugnissen blieb der Welthandelsanteil unver- ändert. Die Wettbewerbspositionen anderer be- deutender Gruppen (z.B. Maschinen für besondere Zwecke) haben sich jedoch weiter verschlechtert.

<sup>5</sup> So läßt sich beispielsweise für die Produktgruppen Stahl, Feinkeramik und Glas sowie Druckerzeugnisse eine stär- kere Binnenorientierung feststellen. Vgl. HUMMEL, M., FAUST, K. u.a.: Strukturbericht 1995, München, 1995, S. 121.

<sup>6</sup> Zum Zusammenhang zwischen relativen Lohnstückkosten und Exporten vgl. SCHUMACHER, D.: Zum Einfluß real- er effektiver Wechselkurse auf die Wettbewerbsfähigkeit, in: DIW-Vierteljahreshft 3/1992, S. 27-48.

Möglicherweise ist dies noch auf eine zeitverzö- gerte Wirkung der verschlechterten preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Vorjahre zurückzuführen. Verglichen mit den Welthandelsanteilen 1988<sup>7</sup> ergeben sich deutliche Einbußen vor allem in den großen Exportbereichen Maschinenbauer- zeugnisse, Straßenfahrzeuge und chemische Pro- dukte. Hier gingen die Welthandelsanteile in über- durchschnittlichem Ausmaß zurück. Ein geringerer Rückgang ist bei elektrotechnischen Produkten auszumachen.

Tabelle 2:  
Welthandelsanteile<sup>a</sup> der westdeutschen Industrie  
- in vH -

SITC		1988	1993	1994 <sup>b</sup>
5	Chemische Erzeugnisse	22,8	19,0	19,0
6	Bearbeitete Waren	19,7	17,0	16,8
71-74	Maschinenbauerzeugnisse	24,4	20,5	19,4
75	Büromaschinen und ADV-Geräte	10,2	8,4	°
76-77	Elektrotechnische Erzeugnisse	17,1	14,5	°
78	Straßenfahrzeuge	24,4	20,6	21,3
8	Verschiedene Fertigwaren	19,4	15,5	14,8
87	Meß-, Prüf- und Kontrollinstrumente	20,6	19,5	°
88	Feinmechanische und optische Erzeugnisse	15,3	12,4	°
5-8	Industriewaren	20,5	17,2	16,9

<sup>a</sup> Exporte Westdeutschlands in die Welt als Anteil der Exporte der OECD-Länder in die Welt (ohne Importe Deutschlands aus den OECD-Ländern). – <sup>b</sup> Schätzung des IWH.

Quellen: WTO, OECD, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

Zu erwarten ist ein weiterer Rückgang der Welthandelsanteile.<sup>8</sup> Dieser ist zum einen bedingt durch den neuerlichen Anstieg der relativen Lohn-

<sup>7</sup> Durch die Wahl dieses Vergleichsjahrs muß auf die transi- torischen Einflüsse der deutschen Vereinigung nicht einge- gangen werden. Zudem hat sie statistische Gründe, da die Güterklassifikation des Außenhandels 1988 revidiert wurde.

<sup>8</sup> Einem Anstieg des Exportwertes 1995 um 5,5 vH steht nach Schätzungen der Deutschen Bundesbank eine Expan- sion des Welthandels um ca. 9,5 vH gegenüber. Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK: Monatsbericht März 1996, Frankfurt/M.

stückkosten.<sup>9</sup> Eine andere Ursache mag die relativ geringe Präsenz deutscher Anbieter auf dynamischen Absatzmärkten sein. So entfielen zwei Drittel des deutschen Warenexports 1994 auf Westeuropa, wo die gesamten Importe um 12 vH stiegen. Lediglich 11 vH des Exportwertes wurden in asiatische Länder geliefert, in denen die Importe aber um insgesamt 20 vH stiegen. Zum Vergleich dazu gehen 30 vH der Ausfuhr der USA nach Asien. Dieses ist als Spätfolge der unternehmerischen Politiken in der Vergangenheit zu werten, in denen wichtige Zukunftsmärkte nicht erkannt und erschlossen wurden.

### Die Entwicklung des RCA-Index

Eine weitere Maßzahl, die auf dem Konzept der „ability to sell“ beruht und zusätzlich die Importkonkurrenz in die Betrachtung einbezieht, ist der RCA-Index.<sup>10</sup> Er basiert auf der Grundannahme der klassischen Außenhandelstheorie, nach der die Länder über unterschiedliche Faktorausstattungen verfügen, durch die bei der Produktion bestimmter Güter komparative Vorteile entstehen. Die Spezialisierung auf die Produktion dieser Güter und internationaler Warenaustausch haben dann eine wohlfahrtssteigernde Wirkung. Der Index ermöglicht es, anhand der sektoralen Exportleistung und der Konkurrenz auf dem inländischen Markt Spezialisierungsmuster festzustellen (vgl. Kasten).

Die Spezialisierung der westdeutschen Industrieunternehmen liegt schwerpunktmäßig in den traditionellen Bereichen der Maschinenbauerzeugnisse, der chemischen Produkte, bei Straßenfahrzeugen und elektrotechnischen Erzeugnissen. Sie hatten 1995 einen Anteil am gesamten westdeutschen Industriewarenexport von ca. 64 vH. Mit Ausnahme der Elektrotechnik wiesen diese Gütergruppen überdurchschnittliche RCA-Werte auf (vgl. Tabelle 3). Die höchsten Werte fanden sich 1995 in einzelnen Produktgruppen des Maschinenbaus (z.B. Maschinen für die Textil- und Lederindustrie, Lebens- und Futtermittelverarbeitungs- maschinen, Druckerei- und Buchbindermaschinen) und der chemischen Industrie (Monofile, Gerb- und Farbstoffauszüge).

<sup>9</sup> Die OECD schätzt den Anstieg 1995 auf 8 vH und 1996 auf 1 vH.

<sup>10</sup> RCA steht für Revealed Comparative Advantage (=offenbarter komparativer Vorteil). Diese Methode geht auf Balassa zurück. Vgl. BALASSA, B.: Trade Liberalisation and „Revealed“ Comparative Advantage, in: The Manchester School of Economic and Social Studies 33 (1965); S. 99-123.

Das Spezialisierungsmuster im Zeitpunkt  $t$  ergibt sich, indem man für die verschiedenen Gütergruppen  $i$  eines Landes das Verhältnis von Export- zu Importwerten ( $Ex_{it}$  bzw.  $Im_{it}$ ) dem Verhältnis der gesamten Export- und Importwerte ( $\sum_i Ex_{it}$  bzw.  $\sum_i Im_{it}$ ) gegenüberstellt. Für die Warengruppe  $i$  errechnet sich der RCA-Wert demnach als

$$RCA_{it} = \ln \left( \frac{Ex_{it}/Im_{it}}{\sum_i Ex_{it}/\sum_i Im_{it}} \right) \cdot 100.$$

Ein positiver (negativer) RCA-Wert bedeutet, daß das betrachtete Land bei der Gütergruppe  $i$  einen höheren (niedrigeren) Exportüberschuß zu verzeichnen hat als im gesamten Warenhandel, worin sich die Realisierung komparativer Wettbewerbsvorteile (-nachteile) offenbaren kann. In gleicher Weise ist ein Ansteigen eines positiven RCA-Wertes im Zeitablauf darauf zurückzuführen, daß der Exportüberschuß in der Gütergruppe  $i$  stärker gestiegen ist (bzw. um ein geringeres Ausmaß gefallen ist) als der des gesamten Warenhandels. Daraus kann unter bestimmten Umständen auf eine Verbesserung der relativen Wettbewerbsposition bei der betreffenden Gütergruppe geschlossen werden. Ebenso können Änderungen des Spezialisierungsmusters erkannt werden.

Der Index unterliegt jedoch weiteren Einflüssen, die nicht unbedingt im Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu sehen sind und deswegen bei der Interpretation beachtet werden müssen: Handelshemmnisse und Subventionierung einzelner Wirtschaftszweige können das Spezialisierungsmuster entgegen der komparativen Vorteile beeinflussen. Kurzfristig können auch Preis- und Wechselkursänderungen sowie in In- und Ausland zeitversetzte zyklische Abläufe die Entwicklung des Index beeinflussen. Hinzu kommt, daß Spezialisierungsmuster im Rahmen des intrasektoralen Außenhandels, dessen Ausweitung allein rechnerisch tendenziell zu einem Sinken der absoluten RCA-Werte führen kann, durch den RCA-Index nicht berücksichtigt werden können.



Tabelle 3:  
RCA-Indizes ausgewählter Gütergruppen

SITC		1988	1995 <sup>a</sup>
5	Chemische Erzeugnisse	33,5	37,4
6	Bearbeitete Waren	-1,7	-4,0
71-74	Maschinenbauerzeugnisse	83,3	77,3
75	Büromaschinen, ADV-Geräte	-52,9	-66,1
76-77	Elektrotechnische Erzeugnisse	7,2	5,0
78	Straßenfahrzeuge	86,5	53,3
79	Andere Beförderungsmittel	-17,1	7,2
8	Verschiedene Fertigwaren	-30,8	-41,0
87	Meß-, Prüf- und Kontrollinstrumente	46,0	42,8
88	Feinmechanische und optische Erzeugnisse	-16,0	-11,0
5-8	Industriewaren	22,9	16,7

<sup>a</sup> erstes bis drittes Quartal.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

Negative RCA-Werte wiesen etliche Verbrauchsgütergruppen, aber auch einige technologieintensive Zweige wie die Herstellung von Büromaschinen und ADV-Geräten auf. Bei letzteren weist Westdeutschland, gemessen an diesem Indikator, seit langem eine relativ schwache Wettbewerbsfähigkeit auf.

Wichtiger als die absoluten Werte sind in dem hier interessierenden Zusammenhang die Veränderungen der Indizes in den letzten Jahren. Es muß dabei jedoch berücksichtigt werden, daß es durch die deutsche Vereinigung zu (teilweise vorübergehenden) Veränderungen der Außenhandelswerte gekommen ist, die Rückschlüsse auf die Entwicklung der Wettbewerbsposition erschweren.<sup>11</sup> Da sich die Struktur des Außenhandels prinzipiell wieder derjenigen vor der deutschen Vereinigung angenähert hat,<sup>12</sup> erscheint ein Vergleich der RCA-Werte von 1988 und 1995 als ein relativ

<sup>11</sup> Die unmittelbar mit der deutschen Vereinigung verbundenen sinkenden Exporte und steigenden Importe Westdeutschlands führten zu einer Verringerung der RCA-Werte, während die 1993 folgende konjunkturelle Schwäche steigende RCA-Werte mit sich führte. In einigen Produktgruppen wie z.B. der Unterhaltungselektronik weisen die Importe, bedingt durch die Nachfrage in Ostdeutschland, nach wie vor ein höheres Niveau auf als vor der Vereinigung. Vgl. WEISS, J.-P.: Zur Entwicklung der sektoralen Außenhandelsverflechtung. Strukturwandlungen durch die deutsche Vereinigung beeinflusst, in: DIW-Wochenbericht 24/95.

<sup>12</sup> Vgl. WEISS, J.-P., a.a.O.

guter Referenzrahmen für die Einschätzung der mittelfristigen Entwicklung.

Die RCA-Werte sind in diesem Zeitraum sowohl für die gesamten Industriegüter als auch für einen Großteil der betrachteten Gütergruppen rückläufig. Unter den großen Exportgruppen war der Rückgang am stärksten ausgeprägt bei den Straßenfahrzeugen und dem Maschinenbau. Hier verschlechterte sich die sektorale Handelsbilanz weit aus stärker als insgesamt, bedingt durch ein Importwachstum, das den Exportzuwachs überstieg. Zwar verbesserte sich in einigen Bereichen des Maschinenbaus die Wettbewerbsposition. Dies wurde jedoch von einer Verschlechterung in anderen Teilbereichen des Maschinenbaus überkompensiert, z.B. bei Kolbenverbrennungsmotoren, Zugmaschinen und landwirtschaftlichen Maschinen. Die Struktur der Spezialisierung hat sich insofern verändert, als daß in jüngerer Zeit die Maschinenbauerzeugnisse einen höheren RCA-Wert aufweisen als die Straßenfahrzeuge. Hierin spiegelt sich u.a. der Effekt der deutschen Vereinigung wider, da insbesondere Kraftfahrzeuge in den neuen Bundesländern stark nachgefragt wurden.

Die Wettbewerbsposition bei chemischen und elektrotechnischen Produkten stellt sich demgegenüber günstiger dar. In diesen Bereichen konnten die deutschen Anbieter ihre inländischen und ausländischen Marktanteile im wesentlichen behaupten bzw. ausbauen. Verbesserungen des RCA-Index wiesen z.B. etherische Öle und Riechstoffe, Körperpflegemittel und bestimmte Kunststoffe, Geräte für die Nachrichtentechnik und medizinische Apparate auf.

Interessant ist, daß frühere Ergebnisse durch die hier angestellten Untersuchungen größtenteils keine Bestätigung finden. Für den Zeitraum von 1970 bis 1987 wurde ein stärkerer Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit in der chemischen und der elektrotechnischen Industrie als im Maschinen- und Straßenfahrzeugbau festgestellt.<sup>13</sup> Dies wurde mit sektoral unterschiedlich ausgeprägten Möglichkeiten des Technologietransfers begründet. Durch die zunehmende Integration der Märkte und technische Entwicklungen sei es vornehmlich in den erstgenannten Industriezweigen möglich geworden, kostenintensive Produktionsbereiche an kostengünstigere Standorte zu verlagern. Indessen verblieben nur strategisch wichtige und einer Ausgliederung aus produktionstechnischen Gründen

<sup>13</sup> Vgl. KLODT, H.: Technologietransfer und internationale Wettbewerbsfähigkeit, in: Aussenwirtschaft (1990), S. 57-79.

nicht zugängliche Bereiche am heimischen Standort. Dies schlug sich in einer Veränderung der Außenhandelsströme nieder. Daraus folgte eine Verschlechterung der an den Außenhandelsdaten gemessenen Wettbewerbsfähigkeit.<sup>14</sup>

Die damals festgestellte Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der chemischen und elektrotechnischen Erzeugnisse bestätigt sich hier nicht. Vielmehr weisen diese Produktgruppen relativ stabile Positionen auf. Eine mögliche Begründung besteht darin, daß sich durch den Aufbau komplementärer Produktionen an kostengünstigeren Standorten eine Möglichkeit eröffnet, die Wettbewerbsfähigkeit der im Inland verbleibenden Pro-

duktionen zu erhalten. Hingegen scheint z.B. in Unternehmen des Maschinenbaus die Möglichkeit der Standortverlagerung geringer zu sein, wodurch standortgebundene Wettbewerbsfaktoren an Bedeutung gewinnen und sich die Wettbewerbsposition auf in- und ausländischen Märkten verschlechtern kann. Eine Erklärung hierfür mag darin liegen, daß der Maschinenbau in Deutschland eher mittelständisch geprägt ist und sich diesen Unternehmen in geringerem Ausmaß die Möglichkeit bietet, aus Kostengründen zu anderen Standorten auszuweichen.

Jacqueline Rothfels  
(jrs@iwh.uni-halle.de)

## Geringfügige Erwerbstätigkeit – empirische Ergebnisse und Überlegungen zur Einführung einer Sozialversicherungspflicht

*Mit über drei Millionen ausschließlich geringfügig Erwerbstätigen ist diese Form atypischer Arbeitsverhältnisse ein nicht unwesentlicher Bestandteil des deutschen Arbeitsmarktes. Dabei zeigen die Untersuchungsergebnisse, daß Haushalte, in denen geringfügig Erwerbstätige leben, ein relativ niedriges Einkommen haben. Der Verdienst aus dieser Erwerbstätigkeit ist daher häufig mehr als nur ein kleines Zubrot. Ein möglicher Einkommensverlust durch die Einführung einer Sozialversicherungspflicht ist aus diesem Grund nicht unproblematisch.*

*Prinzipiell ist die Einführung einer Sozialversicherungspflicht hingegen zu befürworten. Die derzeitige Versicherungsfreiheit ist mit einer Subventionierung geringfügiger Erwerbstätigkeit verbunden, die allein von den Sozialversicherungen getragen wird. Dies ist verteilungspolitisch bedenklich und trägt zur Erhöhung der Lohnnebenkosten aller anderen Beschäftigungsverhältnisse bei.*

*Allerdings würde eine alleinige Regelung der Sozialversicherungspflicht zu Verdienstrückgängen bei Erwerbstätigen sowie möglichen Arbeitsplatzverlusten durch Kostenerhöhungen auf der Seite*

*der Unternehmen führen. Als wirklich sinnvoll kann eine Sozialversicherungspflicht daher nur im Rahmen umfangreicher Reformen erachtet werden.*

### **Über drei Millionen ausschließlich geringfügig Erwerbstätige 1994**

Sozialversicherungsfreie oder geringfügige Erwerbstätigkeit<sup>15</sup> findet in der öffentlichen Diskussion zunehmend breitere Aufmerksamkeit. Da diese Form der Erwerbstätigkeit bereits ein beachtliches Volumen erreicht hat, wird eine wachsende Verdrängung versicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse befürchtet. Problematisch ist hierbei einerseits die unzureichende soziale Absicherung der Erwerbstätigen und andererseits eine Destabilisierung des Sozialversicherungssystems. Bisher liegen jedoch nur wenige konkrete Zahlen über Dimension und Bedeutung geringfügiger Erwerbstätigkeit vor.

Die folgende Analyse basiert auf hochgerechneten Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP).<sup>16</sup> Danach gingen 1994 in Deutschland ca.

---

<sup>14</sup> Abgegrenzt wurden die in ihrer Wettbewerbsposition stärker gefährdeten Bereiche mittels der Relation des Umsatzanteils ausländischer Tochtergesellschaften zu der Exportquote der Muttergesellschaft. Die Branchen mit einer überdurchschnittlichen Relation wurden – im Gegensatz zu den „immobilen Schumpeter-Industrien“ des Maschinen- und Straßenfahrzeugbaus – als „mobile Schumpeter-Industrien“ bezeichnet.

---

<sup>15</sup> Sozialversicherungsfreie oder geringfügige Erwerbstätigkeit liegt dann vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 15 Stunden pro Woche beträgt und für 1996 das Arbeitsentgelt 590 DM (500 DM in Ostdeutschland) nicht überschreitet. Für 1994 lagen die Verdienstgrenzen bei 560 DM (Westdeutschland) bzw. 440 DM (Ostdeutschland).

<sup>16</sup> Das SOEP ist eine repräsentative, jährlich durchgeführte Personen- und Haushaltsbefragung. Zu Details des SOEP vgl. z.B. WAGNER, G., SCHUPP, J., RENDTEL, U.: Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) – Methoden der Datenproduktion und -aufbereitung im Längsschnitt, in: Hauser,

3,1 Mio. Personen ausschließlich einer geringfügigen Erwerbstätigkeit nach.<sup>17</sup> Ein überproportionaler Anteil entfällt dabei mit 2,8 Mio. auf Westdeutschland – das entspricht 10 vH aller westdeutschen Erwerbstätigen. In den neuen Bundesländern spielt geringfügige Erwerbstätigkeit bislang eine weniger gewichtige Rolle (315.000). Der Anteil an allen Erwerbstätigen liegt hier bei lediglich 5 vH und ist damit nur halb so groß wie in Westdeutschland (vgl. Tabellen 1 und 2).

### Unterschiedliche Bedeutung für einzelne Personengruppen

Geringfügige Beschäftigung wird meist von Frauen ausgeübt. Während in Ostdeutschland der Anteil der Frauen an geringfügig Erwerbstätigen knapp über der Hälfte liegt, beträgt er in Westdeutschland mehr als zwei Drittel.

Tabelle 1:  
Geringfügig Erwerbstätige nach Geschlecht

	Neue Bundesländer		Alte Bundesländer	
	in 1.000	in vH	in 1.000	in vH
Insgesamt	315	100	2.800	100
Frauen	165	52	1.908	68
Männer	150	48	892	32

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel 1994, Berechnungen des IWH.

Insgesamt spielen sozialversicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse für westdeutsche Frauen eine wesentlich größere Rolle. Darauf deutet bereits eine Gegenüberstellung der absoluten Anzahl geringfügig beschäftigter Frauen hin. In Westdeutschland sind 1,9 Mio. Frauen geringfügig beschäftigt, in Ostdeutschland lediglich 165 Tsd. Anschaulicher ist der Vergleich der Relation zu allen erwerbstätigen Frauen. Während in Westdeutschland 16 vH aller erwerbstätigen Frauen einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, sind es in Ostdeutschland mit 6 vH weit weniger als die Hälfte (vgl. Tabelle 2). Daran wird deutlich, daß für ostdeutsche Frauen geringfügige Erwerbstätigkeit gegenüber sozialversicherungspflichtiger Teil-

R., Ott, N., Wagner, G. (Hrsg.): Mikronalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik. Band 2: Erhebungsverfahren, Analysemethoden und Mikrosimulation, Berlin 1994, S. 70-112.

<sup>17</sup> In dieser Studie werden nur ausschließlich geringfügig Erwerbstätige erfaßt. Geringfügige Erwerbstätigkeit als Zweit-erwerbstätigkeit bleibt unberücksichtigt.

und Vollzeitbeschäftigung von untergeordneter Bedeutung ist.

Tabelle 2:  
Geringfügige Erwerbstätigkeit in Relation zur Erwerbstätigkeit insgesamt

- in vH -

	Neue Bundesländer	Alte Bundesländer
Erwerbstätige insgesamt	100	100
Geringfügig Erwerbstätige	5	10
-Frauen <sup>a</sup>	6	16
-Männer <sup>a</sup>	4	5

<sup>a</sup> Geringfügig erwerbstätige Frauen (Männer) in Relation zu allen erwerbstätigen Frauen (Männern).

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel 1994, Berechnungen des IWH.

Die gesetzlichen Regelungen zur geringfügigen Erwerbstätigkeit dienten ursprünglich dem Ziel, bereits versicherten Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit eines sozialversicherungsfreien Zusatzeinkommens zu geben. Bei einer ausschließlich geringfügigen Erwerbstätigkeit kommt dies im wesentlichen für Arbeitslose, Hausfrauen/-männer, Rentner, Schüler und Studenten in Frage. Die Bedeutung geringfügiger Erwerbstätigkeit für diese Personengruppen ist in den alten und den neuen Bundesländern unterschiedlich.

Obwohl es sich für Arbeitslose aufgrund der niedrigen Zuverdienst-Freigrenzen kaum lohnt, nebenher zu arbeiten, gehen in Ostdeutschland 8 vH, in Westdeutschland 9 vH der arbeitslos gemeldeten Personen einer geringfügigen Erwerbstätigkeit nach.

Der Anteil der geringfügig erwerbstätigen Rentner erreicht nur eine unbedeutende Größenordnung. Lediglich 2 vH der Rentner in Ost- und 4 vH

Tabelle 3:  
Anteil geringfügig Erwerbstätiger an jeweiligen Personengruppen

- in vH -

	Neue Bundesländer	Alte Bundesländer
Arbeitslose	8	9
Rentner	2	4
Schüler/Studenten	29	25
Hausfrauen/-männer	6	16

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel 1994, Berechnungen des IWH.

der Rentner in Westdeutschland verdienen sich neben ihrer Rente etwas hinzu.

Bei Schülern und Studenten ist die Attraktivität einer stundenweisen Beschäftigung offensichtlich höher: In Westdeutschland übt jeder vierte Schüler oder Student eine geringfügige Erwerbstätigkeit aus, in Ostdeutschland ist der Anteil mit 29 vH sogar noch höher. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen zur Altersstruktur wider: In den neuen Bundesländern sind 50 vH aller geringfügig Beschäftigten unter 30 Jahren (alte Bundesländer: 37 vH).

Deutliche Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern zeigen sich bei der Gruppe der Hausfrauen/-männer. Während in Westdeutschland 16 vH der Haushaltsführenden geringfügig erwerbstätig sind, trifft dies nur für 6 vH der ostdeutschen Haushaltsführenden zu. Da es sich bei den Haushaltsführenden vorwiegend um Frauen handelt, lassen sich Parallelen zu den oben beschriebenen geschlechtsspezifischen Analyseergebnissen ziehen.

Die Ursachen für den im Vergleich zu westdeutschen Verhältnissen relativ niedrigen Frauenanteil an geringfügiger Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland liegen möglicherweise in einem geringeren Angebot entsprechender Stellen<sup>18</sup> oder sind darauf zurückzuführen, daß ostdeutsche Frauen aufgrund noch verhältnismäßig niedriger Einkommen und/oder des historisch gewachsenen Ideals vorwiegend an einer Vollzeitbeschäftigung interessiert sind.

### ***Wichtiger Einkommensbestandteil für viele Haushalte***

Über die Bedeutung des Einkommens der ausschließlich geringfügig Erwerbstätigen im Haushaltskontext existieren bislang kaum Informationen. Diese sind jedoch im Rahmen der Diskussion einer Einführung der Sozialversicherungspflicht für geringfügige Erwerbstätigkeit von Interesse, weil mit der Sozialversicherungspflicht – je nach Ausgestaltung – Arbeitsplätze gefährdet sein bzw. Einkommensreduzierungen durch Sozialversicherungsbeiträge erfolgen können. Die folgende Analyse

wird lediglich für Westdeutschland durchgeführt.<sup>19</sup>

Betrachtet man, wie hoch der Anteil des Einkommens aus sozialversicherungsfreier Erwerbstätigkeit am gesamten Nettoeinkommen der Haushalte mit geringfügigem Einkommen ist, wird zweierlei deutlich. Für einen großen Teil der Haushalte – 41 vH – ist das geringfügige Einkommen keine wesentliche Größe. Hier hat das Einkommen aus geringfügiger Erwerbstätigkeit einen Anteil von maximal 10 vH am Haushaltsbudget. Aber: Für 18 vH der untersuchten Haushalte ist Einkommen aus geringfügiger Erwerbstätigkeit nicht nur ein kleines Zubrot. Sie erwirtschaften mehr als 20 vH ihres Haushaltseinkommens durch sozialversicherungsfreie Erwerbstätigkeit. (vgl. Tabelle 4)

Tabelle 4:  
Anteil des Einkommens aus geringfügiger Erwerbstätigkeit am Haushaltsnettoeinkommen  
- jeweils in vH -

Anteil am Haushaltseinkommen	Haushalte
0 bis 5	9
über 5 bis 10	32
über 10 bis 15	22
über 15 bis 20	19
über 20 bis 25	7
über 25	11

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel 1994, Berechnungen des IWH.

Allerdings lassen sich aus dem Anteil am Haushaltseinkommen nur bedingt Rückschlüsse über die Relevanz des Einkommens aus geringfügiger Erwerbstätigkeit ziehen. So ist keine Aussage darüber möglich, ob der Haushalt das Einkommen aus geringfügiger Erwerbstätigkeit benötigt, um seine Grundbedürfnisse abzudecken. Eine Annäherung an diese Fragestellung ist mittels eines äquivalenzgewichteten Pro-Kopf-Einkommens

<sup>18</sup> Ein Indiz hierfür ist der mit 36,6 vH geringere Anteil der Erwerbstätigen im Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungsbereich sowie in privaten Haushalten (Westdeutschland: 40,7 vH).

<sup>19</sup> Im SOEP wird das Arbeitsentgelt aus geringfügiger Beschäftigung für einen Teil der Erwerbstätigen nicht erfragt. Für Ostdeutschland wird dadurch die Anzahl der auswertbaren Fälle zu gering, um eine auf dem Arbeitsentgelt der geringfügig Erwerbstätigen begründete Analyse zu ermöglichen. Auch die Ergebnisse für Westdeutschland basieren nur auf einem Teil der geringfügig Beschäftigten (hochgerechnet ca. 1,2 Mio.).

und der Bildung eines relativen Einkommensarmutsindikators möglich.<sup>20</sup>

Beim Pro-Kopf-Äquivalenzeinkommen wird das Alter von Kindern und ein degressiver Kostenzuwachs bei steigender Haushaltsgröße durch unterschiedliche Gewichte berücksichtigt. So geht zum Beispiel ein Haushaltsvorstand mit einem größeren Gewicht ein als ein (Ehe)Partner oder ein zehnjähriges Kind. Die Analyse zeigt, daß das durchschnittliche Pro-Kopf-Äquivalenzeinkommen der Haushalte mit geringfügig Erwerbstätigen (1.528 DM) wesentlich niedriger ist, als das aller anderen Haushalte (2.042 DM).

Der relative Einkommensarmutsindikator unterstellt, daß Haushalte dann arm sind, wenn sie weniger als 50 vH des durchschnittlichen äquivalenzgewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommens aller Haushalte zur Verfügung haben. Dabei wird Armut als sozio-kulturell bestimmt begriffen.<sup>21</sup>

In Westdeutschland liegen 21,6 vH der Haushalte mit geringfügig Erwerbstätigen unter der relativen 50 vH-Einkommensarmutsgrenze. Der Vergleich mit dem Wert für alle anderen Haushalte in Westdeutschland (12,5 vH) zeigt, daß Haushalte in denen geringfügig Erwerbstätige leben über ein relativ niedriges Einkommen verfügen. Dies liegt zum Teil daran, daß diese Personen oft in Haushalten mit Kindern leben, die nicht wesentlich zum Haushaltseinkommen beitragen können. Erziehende haben darüber hinaus oftmals nicht die Möglichkeit bzw. das Interesse, eine Vollzeittätigkeit aufzunehmen.

Würde hypothetisch das geringfügige Einkommen der Haushalte ersatzlos wegfallen, so stiege die relative Armutsquote in diesem Segment von 21,6 vH auf 32,1 vH. Mit anderen Worten: Geringfügige Erwerbstätigkeit spielt für 32 vH oder hochgerechnet über 350.000 der untersuchten Haushalte eine nicht unerhebliche Rolle. Obwohl diese Zahl aufgrund der methodischen Schwächen des relativen Einkommensarmutsindikators nicht überbewertet werden darf, deutet sie doch die wirtschaftlichen Probleme an, die für einen Teil der Haushalte entstehen können, wenn durch die Ein-

führung einer Sozialversicherungspflicht Arbeitsplatz- oder Einkommensverluste drohen.

### *Aus Sicht der Unternehmen: Gefährdet die Versicherungspflicht Arbeitsplätze?*

In der Diskussion um eine Sozialversicherungspflicht geringfügiger Erwerbstätigkeit verweisen Gegner vor allem auf die Gefährdung der Arbeitsplätze durch eine Erhöhung der Lohnnebenkosten. Tatsächlich entfielen auf das Einkommen aus geringfügiger Erwerbstätigkeit bei Einführung einer Versicherungspflicht Abgaben in Höhe von ca. 40 vH, die zur Hälfte von den Unternehmen zu tragen wären. Entsprechende Kostensteigerungen würden vermutlich einen Arbeitsplatzabbau induzieren. Zur Zeit sind jedoch alle geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse mit einer Pauschalsteuer von 20 vH belastet. Diese Pauschalsteuer ist im Prinzip ein Ersatz für die Lohnsteuer des Arbeitnehmers und wird allein vom Arbeitgeber getragen. Die Ersatzfunktion ist jedoch steuerlich unbegründet: Grundsätzlich richtet sich die Höhe der Lohnsteuerabgaben nach dem jeweiligen Jahreseinkommen unter Berücksichtigung eines steuerfreien Existenzminimums. Da geringfügig Erwerbstätige in überwiegender Mehrheit das steuerfreie Existenzminimum unterschreiten, ist entgegen der derzeitigen Pauschalsteuer-Regelung eigentlich gar keine Lohnsteuer zu entrichten. Bei Wegfall dieser steuersystematisch nur schwer zu rechtfertigenden Steuer auf Arbeit und gleichzeitiger Einführung einer Versicherungspflicht würde sich die Kostensituation für die Unternehmen im Prinzip nicht verändern. Der administrative Mehraufwand durch die Sozialversicherungspflicht insbesondere für kleinste Arbeitgeber, z.B. private Haushalte, ließe sich durch vereinfachte Verfahren – Stichwort Dienstleistungsschecks<sup>22</sup> – begrenzen. Ein Arbeitsplatzverlust aus Kostengründen wäre folglich kaum zu befürchten.

Die Beibehaltung der derzeitigen Regelung wird häufig auch damit begründet, daß geringfügige Erwerbstätigkeit den Unternehmen ein unverzichtbares Flexibilitätspotential bietet. Zweifellos stellt die stundenweise Beschäftigung für saisonale Spitzenzeiten oder Dienstleistungstätigkeiten geringen Umfangs eine zweckmäßige Beschäfti-

<sup>20</sup> Für Details vgl. HOCHMUTH, U., KLEE, G., VOLKERT, J.: Armut in der sozialen Marktwirtschaft, Tübingen 1995, S. 7 - 25.

<sup>21</sup> Die 50 vH-Marke ist relativ willkürlich und nicht unumstritten. Es ist beispielsweise nicht einzusehen, warum ein Haushalt, der über 49 vH des Durchschnittshaushaltseinkommens verfügt als arm bezeichnet wird und ein Haushalt mit 50 vH nicht. Sie hat sich jedoch in der empirischen Forschung durchgesetzt.

<sup>22</sup> Bei diesem Modell erwerben die Arbeitgeber pauschale Dienstleistungsschecks, die als Bezahlung an die Beschäftigten weitergegeben werden. Beim Einlösen der Schecks werden dann die Sozialversicherungsbeiträge einzeln abgeführt.

gungsvariante dar. Da aus Sicht der Unternehmen die Kosten bei Einführung einer Sozialversicherungspflicht etwa gleich blieben, ist allerdings eher zu vermuten, daß Arbeitgeber die in der Praxis zumindest teilweise nicht eingehaltenen gesetzlichen Sozialleistungen (Urlaubsgeld, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc.) als eigentlichen Vorteil geringfügiger Erwerbstätigkeit werten.

Aus Sicht der Unternehmen bleibt festzuhalten: Ihre Reaktion auf die Sozialversicherungspflicht hängt im wesentlichen von den entstehenden Kosten ab. Um einen Arbeitsplatzabbau zu verhindern, kommt folglich nur eine kostenneutrale Lösung in Frage. Durch die Abschaffung der 20 vH-Pauschalsteuer bei gleichzeitiger Einführung der Sozialversicherungsabgaben wäre die erforderliche Kostenneutralität gewährleistet.

### ***Aus Sicht der Erwerbstätigen: hohe Lohnneinbußen bei geringen Vorteilen***

Für die Erwerbstätigen brächte die Sozialversicherungspflicht dagegen Veränderungen mit sich. Zullererst würde ihr Einkommen durch die Sozialabgaben um 20 vH sinken. Die Analyse im Haushaltskontext hat gezeigt, daß hiervon vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen betroffen wären. Befürworter der Versicherungspflicht argumentieren mit dem Erwerb eigener Versicherungsansprüche für die geringfügig Erwerbstätigen. Diese wären zwar in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung denkbar gering<sup>23</sup> und nicht annähernd ausreichend, um eigenständig die Existenz abzusichern, bedeuteten jedoch bei Eintritt des Versicherungsfalls immerhin ein Zusatzeinkommen.

Im Rahmen der Kranken- und Pflegeversicherung würden sich keine individuellen Vorteile für die Erwerbstätigen ergeben, da fast alle geringfügig Erwerbstätigen in irgendeiner Form als Rentner, Studenten, Arbeitslose oder Familienmitglieder versichert sind.

Allein nach dem individuellen Nutzenkalkül der geringfügig Erwerbstätigen ist eine Versicherungspflicht aufgrund der 20prozentigen Lohnneinbußen und der beschriebenen Versicherungseffekte kaum erstrebenswert.

---

<sup>23</sup> So ergeben in Westdeutschland (Ostdeutschland) 5 Jahre geringfügige Erwerbstätigkeit mit einem Monatsverdienst von 560 DM (440 DM) eine Monatsrente von 29,80 DM (22,65 DM). Vgl. VERBAND DEUTSCHER RENTENVERSICHERUNGSTRÄGER (VDR): Stellungnahme zu dem Gesetzesentwurf der Fraktion der SPD, Frankfurt 1994.

### ***Aus Sicht der Sozialversicherungen: Lohnt sich die Versicherungspflicht?***

Die zusätzlichen Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungen stellen sich bei Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze folgendermaßen dar: Unter der Annahme, daß der errechnete durchschnittliche Monatsverdienst für die 2,8 Mio. sozialversicherungsfreien Erwerbstätigen in Westdeutschland repräsentativ ist<sup>24</sup>, hätten sich die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen 1994 um insgesamt ca. 6 Mrd. DM erhöht.<sup>25</sup> Die Krankenversicherung erhält rund ein Drittel dieser zusätzlichen Sozialversicherungseinnahmen. Ohne weitere Ausgaben – es ist nicht zu erwarten, daß die Zahl der Erkrankungen durch die Sozialversicherungspflicht zunimmt – verbleiben ihr folglich etwa 2 Mrd. DM. Ein Betrag, der 1994 immerhin rund 1,1 vH des gesamten Beitragsaufkommens der Krankenversicherung in Westdeutschland ausmachte und der zur Senkung der Lohnnebenkosten zur Verfügung stünde.<sup>26</sup> Aus Sicht der Krankenversicherung erscheint die Einführung der Sozialversicherungspflicht aufgrund zusätzlicher Einnahmen bei gleichbleibenden Leistungen folglich wünschenswert.<sup>27</sup>

Nicht ganz so eindeutig sind die Effekte für die Rentenversicherung: Nach Einführung der Sozialversicherungspflicht entstehen gleichermaßen Ansprüche, die den Einnahmen gegenzurechnen sind. Dabei würden sich in einer Übergangsphase die Einnahmen der Rentenversicherung durch die zusätzlichen Beitragszahler zwar erhöhen. Danach besteht jedoch die Gefahr, daß die Ausgaben die Mehreinnahmen durch Erwerbsminderungsrenten, Anrechnung von Kindererziehungszeiten etc. übersteigen. Ähnlich unsicher ist die Frage nach einem

---

<sup>24</sup> Die Einkommensberechnungen basieren auf 1,2 Mio. geringfügig Erwerbstätige in Westdeutschland. Vgl. auch Fußnote 19.

<sup>25</sup> Dies setzt voraus, daß alle geringfügig Erwerbstätigen auch von der Sozialversicherung erfaßt werden. Tatsächlich besteht jedoch die Gefahr einer Abwanderung in die Schattenwirtschaft oder (Schein)Selbständigkeit.

<sup>26</sup> Diese Berechnungen berücksichtigen nur die ausschließlich geringfügig Beschäftigten. Durch die Hinzunahme der geringfügigen Zweitbeschäftigten von Voll- und Teilzeitbeschäftigten würden sich die Einnahmen der Sozialversicherung noch mehr erhöhen.

<sup>27</sup> Unabdingbare Voraussetzung wären Sonderregelungen für Beamte und Selbständige sowie für Familienmitglieder von privat versicherten Erwerbstätigen, um eine billige Versicherung dieser Personengruppen auszuschließen.

positiven oder negativen Saldo bei der Arbeitslosenversicherung.

Die Frage, wie sich die Einführung der Versicherungspflicht auf die Sozialversicherungen auswirkt ist bei näherer Betrachtung eng mit der Wirkung sogenannter versicherungsfremder Leistungen verknüpft. Hierbei handelt es sich um Umverteilungsaufgaben, die weit über die der Sozialversicherung immanenten Aufgaben hinausgehen. Wichtige Beispiele sind die verschiedenen Anrechnungszeiten in der Renten- sowie der implizite Familienleistungsausgleich in Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung.<sup>28</sup>

### ***Versicherungsfremde Leistungen verzerren die Diskussion***

In der Diskussion um die Versicherungsfreiheit geringfügiger Erwerbstätigkeit wird immer wieder auf den Tatbestand verwiesen, daß die meisten der geringfügig Erwerbstätigen bereits auf andere Weise (mit)versichert seien und deswegen keinen eigenen Versicherungsschutz benötigten.<sup>29</sup> Diese Argumentation berücksichtigt zwar das individuelle Nutzenkalkül der geringfügig Erwerbstätigen, übersieht jedoch, daß dieser Versicherungsschutz zu einem großen Teil auf versicherungsfremden Umverteilungseffekten beruht. Insbesondere im Rahmen der Krankenversicherung wird bei geringfügiger Erwerbstätigkeit auf die Inanspruchnahme des Familienleistungsausgleichs rekuriert. Denn für Haushaltsführende, Schüler und Studenten gilt hier im allgemeinen der Status des mitversicherten Familienangehörigen.

Um nicht mißverstanden zu werden: Weder die Aufgaben des Familienleistungsausgleichs noch andere (versicherungsfremde) Umverteilungsleistungen sollen hier in Frage gestellt werden. Angesichts der Diskussion um Lohnnebenkosten und der problematischen Verteilungswirkungen ist die Sozialversicherung allerdings nicht der richtige Ort für eine über die versicherungsimmanente hin-

ausgehende Umverteilung. Der Familienleistungsausgleich und andere in den Sozialversicherungen enthaltene versicherungsfremde Umverteilungsaufgaben sind gesellschaftliche Aufgaben, die zur Zeit ausschließlich von den Beitragszahlern der Sozialversicherung finanziert werden. Dies ist über die Diskussion der geringfügigen Erwerbstätigkeit hinaus ausgesprochen unbefriedigend. Zum einen werden im Rahmen der Sozialversicherung Beamte, Selbständige etc. teilweise überhaupt nicht und besonders leistungsfähige Mitglieder nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze belastet. Zum anderen wird hier ausschließlich der Faktor Arbeit zur Finanzierung der Umverteilung herangezogen. Eine generelle Reform, die die versicherungsfremden Leistungen aus den Sozialversicherungen ausgliedert, ist von daher zu befürworten.

Sowohl unter Allokationseffizienz- als auch unter Verteilungsgesichtspunkten erscheint eine steuerfinanzierte Umverteilung z.B. im Rahmen der Einkommensteuer (Modelle der negativen Einkommensteuer im weitesten Sinne) oder durch staatliche Transfers sinnvoller. Auf diese Weise kann bei einer politisch gewünschten Förderung geringfügiger Erwerbstätigkeit auch vermieden werden, daß es zu Einkommenseinbußen der Beschäftigten durch die Sozialversicherungsbeiträge kommt. Im Unterschied zur derzeitigen Lösung tragen dann die Sozialversicherungen nicht mehr die Last der Subventionierung.

Eine dazu notwendige Reform ist mit hohen Kosten und Widerständen verschiedenster Interessen verbunden und mit der Flankierung der Sozialversicherungspflicht geringfügiger Erwerbstätigkeit allein nicht zu rechtfertigen. Das Für und Wider einer Versicherungspflicht geringfügiger Erwerbstätigkeit hängt jedoch in starkem Maße von der Konstruktion des gegenwärtigen Sozialversicherungssystems ab: Solange die Subventionierung geringfügiger Erwerbstätigkeit auf versicherungsfremden Leistungen der Sozialversicherung basiert, für deren Ausgliederung ohnehin genügend Gründe sprechen, läßt sich eine systemkonforme Antwort auf die Frage der Versicherungspflicht zwangsläufig nur in Verbindung mit Ansätzen einer Sozialversicherungsreform finden.

*Jürgen Kolb*

---

<sup>28</sup> Vgl. SCHMÄHL, W.: Funktionsgerechte Finanzierung der Sozialversicherung: ein zentrales Element einer Entwicklungsstrategie für den deutschen Sozialstaat – Begründungen und quantitative Dimensionen, in: Deutsche Rentenversicherung, Heft 10-11/1995, S. 601 - 618.

<sup>29</sup> SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG: Im Standortwettbewerb, Jahresgutachten 1995/96, Ziff. 377; SCHUMACHER, O.: Alternative Schwarzarbeit, Die Zeit, Nr. 48, 24.11.1995, S. 40; VELLING, J.: Versicherungspflicht gefährdet Arbeitsplätze, in: Arbeitgeber, 17/47-1995, S. 563 - 564.

---

<sup>30</sup> Nach vorsichtigen Berechnungen könnten die Beitragssätze in der Sozialversicherung dadurch um mindestens 7 bis 8 Prozentpunkte sinken. Vgl. SCHMÄHL, W., a.a.O., S. 614.

## Wirtschaftliche Erholung in den Reformstaaten setzte sich 1995 fort

*In der Mehrzahl der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas setzte sich im vergangenen Jahr die wirtschaftliche Erholung in beschleunigtem Tempo fort. Dabei spielte die Zunahme der Investitionen eine bestimmende Rolle. Nur in den GUS-Ländern war die Wirtschaftslage erneut durch Rezession und Instabilität gekennzeichnet. Eine ähnliche Entwicklung ist auch für 1996 zu erwarten.*

### Deutliche regionale Unterschiede

Auch 1995 blieben die deutlichen regionalen Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung Mittel- und Osteuropas erhalten.<sup>31</sup> Für Ostmittel- und Südosteuropa ergeben die bisher vorliegenden Daten ein Gesamtwachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 5,2 vH,<sup>32</sup> während es 1994 noch fast anderthalb Prozentpunkte weniger waren. Besonders schnell wuchs die Wirtschaft in Polen, in Rumänien und in der Slowakei. Generell galt für diese Region: Wurde noch 1994 das Wachstum vor allem durch die verbesserten Absatzmöglichkeiten in Westeuropa getragen, kam 1995 eine lebhaftere Binnennachfrage, sowohl seitens der Privathaushalte nach Verbrauchsgütern als auch seitens der Unternehmen nach Investitionsgütern, hinzu.

In den baltischen Staaten nahm das aggregierte BIP um 2,3 vH zu. Das ist insbesondere auf das hohe Wirtschaftswachstum von 6 vH in Estland zurückzuführen. Auch Litauens Wirtschaft erholte sich bereits im zweiten Jahr hintereinander, wohingegen die lettische Wirtschaft einen erneuten Rückschlag hinnehmen mußte.

Dagegen verlief die realwirtschaftliche Entwicklung in den drei wichtigsten GUS-Ländern Rußland, Ukraine und Weißrußland abermals überaus negativ. Erste Anzeichen für ein Ende des Produktionsrückgangs in Rußland hatten sich zuletzt nicht verstärkt, so daß der Schrumpfungsprozeß der Vorjahre allenfalls verlangsamt wurde.

Tabelle 1:  
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts  
- Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr -

	1992	1993	1994	1995 <sup>a</sup>	1996 <sup>b</sup>
<i>Ostmittel- und Südosteuropa</i>	-6,6	0,7	3,8	5,2	4,4
Bulgarien	-7,3	-2,4	1,4	2,5	4
Kroatien	-9,7	-3,7	0,8	1,5	4,5
Polen	2,6	3,8	5,0	7,0	5
Rumänien	-10,0	1,3	3,9	6,9	4,5
Slowakei	-7,0	-4,1	4,8	6,5	5,0
Slowenien	-5,4	1,3	5,3	4,8	4,5
Tschechien	-6,4	-0,9	2,6	5,2	5,5
Ungarn	-3,0	-0,8	2,9	2,0	2,0
<i>Baltische Staaten</i>	-29,0	-20,1	-0,2	2,3	2,9
Estland	-14,2	-8,6	-3,2	6	4
Lettland	-34,0	-14,9	0,6	-3	2
Litauen	-34,0	-30,4	1	4	3
<i>GUS-Länder (3)</i>	-14,3	-9,4	-13,4	-5,0	-0,7
Rußland	-14,5	-8,7	-12,6	-4	0
Ukraine	-13,7	-14,2	-19,0	-11,8	-5
Weißrußland	-9,7	-10,6	-16,0	-10,0	-5

<sup>a</sup> vorläufige Angaben der statistischen Ämter, für die baltischen Staaten: Schätzung des IWH. – <sup>b</sup> Prognose des IWH.

Quellen: Nationale Statistiken, UNECE, Berechnungen des IWH.

Für die Ukraine und Weißrußland blieb der wirtschaftliche Niedergang mit zweistelligen Raten nahezu ungebrochen.<sup>33</sup>

### Industrie als Träger des Aufschwungs

<sup>31</sup> Die IWH Forschungsreihe 3/1996 „Die wirtschaftliche Lage in Mittel- und Osteuropa 1995/1996“ enthält eine ausführliche Übersicht über die Region sowie gesonderte Länderberichte über Bulgarien, Polen, die Slowakei, Slowenien, Kroatien und Ungarn. Zur Entwicklung des osteuropäischen Außenhandels vgl. WERNER, K.: Hohe Außenhandelsdynamik der mittel- und osteuropäischen Reformländer; Deutschland behauptet seine Marktanteile, in: IWH Wirtschaft im Wandel 2/1996, S. 12 - 19.

<sup>32</sup> Soweit nicht anders vermerkt, stammen alle verwendeten Zahlen aus Veröffentlichungen der nationalen statistischen Ämter bzw. der Zentralbanken oder wurden auf ihrer Grundlage berechnet.

<sup>33</sup> Vgl.: DIW, IfW, IWH: Die wirtschaftliche Lage Rußlands – Kurswechsel in der Stabilisierungspolitik, Siebenter Bericht, in: IWH Forschungsreihe 4/1995; dieselben, Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands – Fehlende Reformen gefährden geldpolitischen Kurswechsel, Siebenter Zusatzbericht, in: IWH Forschungsreihe 3/1995.



In den meisten ostmittel- und südosteuropäischen Ländern ging der wichtigste Wachstumsimpuls von der Industrie aus. In Polen, in Rumänien, in Tschechien und in Ungarn war die Zunahme der Industrieproduktion deutlich höher als das Wirtschaftswachstum insgesamt. Gerade in diesen Ländern ist der Anteil privater Unternehmen an der Erzeugung und am Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes in den letzten zwei Jahren erheblich gestiegen.

Die Entwicklung der Industrieproduktion in den GUS-Ländern wurde maßgeblich von den eingeschränkten Absatzmöglichkeiten auf den Binnenmärkten bestimmt. In Rußland beispielsweise konnten neben dem Bergbau nur die exportorientierten Branchen ihre Produktion steigern. Die vorwiegend den Binnenmarkt beliefernden Verbrauchsgüter- und Investitionsgüterindustrien erlitten dagegen erneute Einbrüche. Fehlende Inlandsnachfrage hatte auch eine weitere Kontraktion der ukrainischen und weißrussischen Industrieproduktion zur Folge.

### ***Investitionen expandieren in Ostmittel- und Südosteuropa***

Mit Ausnahme Kroatiens, Bulgariens und Ungarns haben auch im vergangenen Jahr die Bruttoanlageinvestitionen in Ostmittel- und Südosteuropa zugenommen. In den meisten Ländern dieser Region ist allerdings angesichts der Überalterung des Kapitalstocks und des Umfangs der Modernisierungsaufgaben die Investitionsquote noch immer zu gering. Eine wichtige Ursache dafür waren die weiterhin hohen Realzinsen der inländischen Geschäftsbanken für Investitionskredite. Auch sind die inländischen Aktienmärkte aufgrund ihrer geringen Liquidität noch keine echte Alternative zur Fremdfinanzierung durch die Banken.<sup>34</sup> Altschulden der Unternehmen und Verzögerungen im Privatisierungsprozeß, durch die die Sicherheit für langfristige betriebswirtschaftliche Dispositionen vermindert wurde, trugen ebenfalls dazu bei, daß Investitionen unterblieben oder hinausgeschoben wurden.

In den GUS-Ländern paßten die weiter schrumpfenden Investitionen in das Bild der sich verschlechternden wirtschaftlichen Gesamtlage. Von der Nachfrageseite und der geringen Kapazi-

Tabelle 2:  
Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen  
- Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr -

	1992	1993	1994	1995 <sup>a</sup>
<i>Ostmittel- und Südosteuropa</i>				
Bulgarien	-1,7	-21,6	1,4	0
Kroatien	-59,1	-32,1	16,1	-24,0
Polen	0,4	2,3	8,2	18,6
Rumänien	-1,2	8,5	15,3	10,5
Slowakei	.	-4,9	-10,4	8,2 <sup>b</sup>
Slowenien	-14,9	15,0	18,3	16,0
Tschechien	16,6	8,0	17,0	11,2
Ungarn	-2,8	-0,7	12,2	0
<i>Baltische Staaten</i>				
Estland	-20	12,2	-1,6	.
Lettland	-7,3	-15,8	-11,6	.
Litauen	-22	-25	11,7	.
<i>GUS-Länder (3)</i>				
Rußland	-39,7	-11,6	-26,0	-13
Ukraine	-36,9	-10,3	-25,0	-32
Weißrußland	-51	-31	-46	-27

<sup>a</sup> vorläufige Angaben der statistischen Ämter. – <sup>b</sup> bis September.

Quellen: Nationale Statistiken, UNECE.

tätsauslastung gab es nur wenig Impulse, und die überaus hohen Realzinsen ließen Investitionen in Sachkapital im Vergleich zu Investitionen in Geldvermögen als wenig attraktiv erscheinen.<sup>35</sup>

### ***Nachlassende, aber immer noch hohe Inflation***

Auch 1995 war die Inflation im allgemeinen zweistellig; nur in der Tschechischen Republik und in Kroatien konnte sie unter 10 vH gesenkt werden. Gleichwohl sind in allen Ländern Mittel- und Osteuropas im Verlauf des Jahres 1995 die Inflationsraten zurückgegangen. Die einzige Ausnahme war Ungarn, wo eine beträchtliche Anhebung der Energiepreise und die besonders starke nominale Abwertung des Forint gegenüber den Währungen der Haupthandelspartner zu einer Beschleunigung der Inflation führten. In den GUS-Ländern blieb die Jahresrate der Geldentwertung zwar noch dreistellig, schwächte sich aber im Jahresverlauf ab. In Rußland beispielsweise lag der Verbraucherpreisanstieg gegenüber dem Vormonat noch im Januar 1995 bei 18 vH und ging dann auf Monatsraten von zuletzt zwischen 4 und 5 vH

<sup>34</sup> Vgl. LINNE, T.: Aktienmärkte in Mittel- und Osteuropa – Anlegereuphorie trotz institutioneller Hemmnisse, in: IWH Wirtschaft im Wandel, Heft 1/1996, S. 11-15.

<sup>35</sup> Vgl. DIW, IfW, IWH, a.a.O., Rußlandbericht, S.11.

zurück. Analoge Entwicklungen, wenn auch weniger ausgeprägt, waren in der Ukraine und in Weißrußland zu beobachten.

Die weitgehende Stabilitätsorientierung der Geld- und Fiskalpolitik sowie der Abbau tarifärer und nichttarifärer Importbarrieren gehörten zu den wichtigsten inflationsdämpfenden Faktoren.

Für die hartnäckig hohe Inflation waren sowohl erneute Preissteigerungen bei vordem subventionierten Lebensmitteln und Energieträgern als auch die kräftige Anhebung vieler Tarife, indirekter Steuern und Dienstleistungsentgelte durch die öffentliche Hand verantwortlich. Weitere Im-

Alle mittel- und osteuropäischen Länder haben im zurückliegenden Jahr ihre Exporte mit zweistelligen Raten steigern können. Insgesamt wurden Güter im Wert von über 160 Mrd. US-Dollar, das sind ca. 35 Mrd. US-Dollar mehr als im Vorjahr, ausgeführt. Allein um 17 Mrd. US-Dollar stiegen die Exporte der ostmittel- und südosteuropäischen Reformländer. Die besonders hohe Ausfuhrsteigerung der GUS-Länder beruhte in erster Linie auf dem Zuwachs der russischen Exporte bei Erdgas, Steinkohle, Erzeugnissen der Metallindustrie und chemischen Grundprodukten, unter anderem als Folge der Ausfuhr liberalisierung zu Beginn des Jahres 1995.

Die Exportdynamik ist umso bemerkenswerter, als die Währungen aller mittel- und osteuropäischen Länder während der letzten zwei Jahre gegenüber dem ECU und der DM, vor allem aber gegenüber dem US-Dollar real beträchtlich aufgewertet haben.<sup>36</sup> Allerdings ist in den letzten Monaten die Aufwertungstendenz in Ungarn, in Rumänien, in Slowenien, in der Slowakei und in Tschechien zum Stehen gekommen.

Grundlegende Veränderungen in der Güterstruktur der Exporte sind nicht eingetreten. Für die ostmittel- und südosteuropäischen Länder läßt sich übereinstimmend konstatieren, daß die Exporterfolge vor allem von Erzeugnissen des Bergbaus sowie des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes getragen wurden. Insgesamt könnte sich dadurch der Einfluß konjunktureller Veränderungen in den Hauptabsatzgebieten auf die zukünftige Ausfuhrentwicklung der Region weiter vergrößern, da die derzeit wichtigsten Exportgütergruppen von Nachfrageschwankungen im Westen erfahrungsgemäß überproportional betroffen werden.

Die Gesamtimporte der mittel- und osteuropäischen Länder haben sich 1995 in noch höherem Tempo als die Exporte vergrößert.

Auf den starken Anstieg der Einfuhren hatte die reale Aufwertung der Landeswährungen erheblichen Einfluß. Entscheidend war jedoch die merkliche Expansion der Importnachfrage im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Belebung.

So führten die zahlreichen Abkommen über aktive Lohnveredlung mit westeuropäischen Unternehmen zu einem besonders schnellen Importwachstum bei Vorprodukten und Halbwaren. Zudem verursachten die zunehmende Einkommens-

Tabelle 3:

Entwicklung der Verbraucherpreise

- Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr (Jahresdurchschnitt) -

	1992	1993	1994	1995 <sup>a</sup>	1996 <sup>b</sup>
<i>Ostmittel- und Südosteuropa</i>	98,5	155,0	43,9	23,8	16,7
Bulgarien	91,3	72,9	96,2	60,4	35
Kroatien	663,5	1.516,6	97,5	2,8	5
Polen	43,0	35,3	32,2	28,0	20
Rumänien	210,9	290,3	136,8	32,3	20
Slowakei	10,2	23,2	13,4	10,4	8
Slowenien	201,3	32,3	19,8	12,7	8
Tschechien	11,1	20,8	10,0	9,1	8,5
Ungarn	23,0	22,5	18,8	28,2	20
<i>Baltische Staaten</i>	1.043	236,1	54,8	28,0	21,7
Estland	1.073	89,8	47,7	25,5	18,5
Lettland	1.051	109,2	35,9	25,0	20
Litauen	1.021	410,7	72,2	31,5	25
<i>GUS-Länder (3)</i>	1.474	1.288	415	153	62
Rußland	1.460	840	315	135	60
Ukraine	1.650	4.735	876	185	80
Weißrußland	1.071	1.290	2.321	809	60

<sup>a</sup> vorläufige Angaben der statistischen Ämter. - <sup>b</sup> Prognose des IWH.  
Quellen: Nationale Statistiken, Berechnungen des IWH.

pulse für den Preisauftrieb gingen von der Erhöhung der Lohnkosten und von den teilweise gestiegenen Zinsen der Geschäftsbanken aus. Vielfach haben auch nominale Abwertungen der Landeswährungen und zusätzliche Importabgaben zu einem erheblichen Anstieg der Importpreise geführt.

**Hohes Exportwachstum und anhaltender Importsog**

<sup>36</sup> Entwicklung der nominalen Wechselkurse, deflationiert mit den Produzentenpreisindizes.

Tabelle 4:  
Exporte, Importe, Handelsbilanzsaldo

- Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr, entsprechend Zollstatistik, lfd. Preise in US-Dollar -

	1994			1995 <sup>a</sup>		
	Exporte	Importe	Saldo in Mio. US-Dollar	Exporte	Importe	Saldo in Mio. US-Dollar
<i>Ostmittel- und Südosteuropa</i>	16,6	11,4	-11.334	23,7	29,5	-18.218
Bulgarien	11,7	-14,7	-160	14,9	-0,4	475
Kroatien	9,1	12,1	-969	11,0	52,0	-3.220
Polen	21,9	14,5	-4.329	34,0	35,5	-6.150
Rumänien	25,7	9,0	-958	22,3	32,4	-1.890
Slowakei	23,5	4,2	127	28,6	29,1	130
Slowenien	12,2	12,4	-476	23,3	30,7	-1.127
Tschechien	8,0	16,4	-716	18,3	41,8	-3.831
Ungarn	20,1	16,1	-3.853	20,2	6,3	-2.605
<i>Baltische Staaten</i>	12,9	27,1	-930	27,2	28,9	-1.270
Estland	62,4	85,7	-354	47,0	64,0	-800
Lettland	-1,1	28,8	-252	24,4	32,9	-420
Litauen	0,1	3,4	-324	15,8	2,0	-50
<i>GUS-Länder (3)<sup>b</sup></i>	11,2	5,3	21.902	33,8	47,1	25.100
Rußland <sup>b</sup>	8,4	5,2	19.831	33,9	47,5	22.700
Ukraine <sup>b</sup>	46,8	7,2	1.968	24,5	38,0	2.100
Weißrußland <sup>b</sup>	26,6	4,2	103	69,8	57,9	300

<sup>a</sup> vorläufige Angaben der statistischen Ämter; für Bulgarien, Litauen, Ukraine: Schätzung des IWH. – <sup>b</sup> ohne Intra-GUS-Handel.

Quellen: Nationale Statistiken, UNECE, Berechnungen des IWH.

differenzierung wie auch der insgesamt spürbar gewachsene private Verbrauch steigende Einfuhren von hochwertigen Nahrungs- und industriellen Verbrauchsgütern. Und schließlich hatte die deutliche Belebung der Investitionstätigkeit in einigen Ländern eine erhöhte Nachfrage nach Kapitalgütern zur Folge.

Im Ergebnis dieser Entwicklung hat die zusammengefaßte Handelsbilanz Ostmittel- und Südosteuropas – bei einem um fast 7 Mrd. US-Dollar gestiegenen Importüberschuß – mit einem Minus von 18,2 Mrd. US-Dollar abgeschlossen. Auch in den baltischen Staaten vergrößerte sich das Defizit der Handelsbilanz um ca. ein Drittel auf 1,3 Mrd. US-Dollar. Lediglich die hier betrachteten GUS-Länder erzielten im Drittländerhandel hohe Exportüberschüsse, wobei allein auf Rußland rund 23 Mrd. US-Dollar entfielen.

#### **Ausblick für 1996**

Im laufenden Jahr ist mit einer Fortsetzung der Wachstums- und Stabilisierungstendenzen für den

ganzen mittel- und osteuropäischen Raum zu rechnen. Das aggregierte Bruttoinlandsprodukt der ostmittel- und südosteuropäischen Reformländer könnte wiederum um mehr als 4 vH wachsen. Weitere Fortschritte in der Inflationsbekämpfung sind im Zusammenhang mit dem anhaltend restriktiven Kurs der Geld- und Fiskalpolitik und der weiteren Öffnung der Wirtschaften wahrscheinlich. Trotzdem wird die Geldentwertungsrates in den meisten Ländern noch zweistellig bleiben.

Für Rußland ist 1996 ein Bruttoinlandsprodukt zu erwarten, das etwa dem Vorjahresniveau entspricht. Als Voraussetzung dafür müßten sich jedoch der private Verbrauch und die Investitionen erholen. Die Inflationsrate könnte sich weiter verringern, allerdings nur, wenn sich auch unter den Bedingungen des Präsidentenwahlkampfes das Haushaltsdefizit nicht wesentlich vergrößert. Für die Ukraine und Weißrußland ist allenfalls mit einer Abschwächung des Produktionsrückgangs auf eine einstellige Größe zu rechnen.

*Klaus Werner*